AUS MEINEM BÜCHERSCHRANK 29.12.2025 | David Müller

Du hast mich tausendmal belogen

Misstrauen ist längst kein Randphänomen mehr. Der Soziologe El-Mafaalani zeigt, wie geteilte Skepsis Gemeinschaften formt – und Demokratien aushöhlt.



Aladin El-Mafaalani (2025): „Misstrauensgemeinschaften. Zur Anziehungskraft von Populismus und Verschwörungsideologien“, Kiepenheuer & Witsch.

Rund 73 Prozent der Bürgerinnen und Bürger halten den Staat für überfordert. 44 Prozent geben an, kein Vertrauen mehr in die Bundesregierung zu haben. Am schlechtesten schneiden politische Parteien ab: Ihnen bringen lediglich 22 Prozent noch Vertrauen entgegen. Damit schrumpft die Zustimmung gegenüber staatlichen Institutionen bereits das fünfte Jahr in Folge. Das ist also kein neues Phänomen. Unsere Gesellschaft steckt in einer tiefen Vertrauenskrise, genauer gesagt: in einer Phase ausgeprägter Skepsis. Die Rede ist nicht nur von schlechter Stimmung. Es ist ein ernst zu nehmendes Warnsignal für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie.

In seinem neuen Buch *Misstrauensgemeinschaften* analysiert der Soziologe Aladin El-Mafaalani diesen Befund. Er beschreibt, warum Vertrauen in modernen Gesellschaften eigentlich immer wichtiger wird, zugleich aber schwindet. Seine Diagnose trifft einen Nerv, weil sie die Logik hinter der Skepsis ernst nimmt. In einer komplexen, hoch vernetzten Welt ist gesellschaftliches Zusammenleben ohne ein Mindestmaß an Vertrauen kaum denkbar. Wir sind darauf angewiesen, dass zentrale Akteure ihre Aufgaben erfüllen. Dazu zählen Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Unternehmen. Gleichzeitig wächst die Unsicherheit. Informationen sind zwar jederzeit verfügbar, aber häufig fragmentiert oder verzerrt. Falschinformationen und algorithmisch verstärkte Zuspitzungen verschärfen das Problem. In einer polarisierten Öffentlichkeit entsteht so schnell der Eindruck, „die da oben“ handelten eigennützig oder unglaubwürdig. Viele reagieren auf Krisen und Unübersichtlichkeit mit Rückzug oder Vorsicht.

Aus dieser Dynamik entstehen laut El-Mafaalani sogenannte Misstrauensgemeinschaften. Menschen orientieren sich dabei vor allem an jenen, die ihre Zweifel bestätigen. Andere Positionen werden pauschal abgewertet. Skepsis wird zum sozialen Kitt, der Gruppen zusammenhält. Der Ansatz ist hilfreich, weil er diese Haltung nicht als individuelles Versagen beschreibt, sondern als kollektiven Prozess. Gemeinschaften bilden sich hier nicht über gemeinsame Ziele, sondern über eine geteilte Ablehnung. Besonders problematisch ist, dass sich diese Haltung selbst verstärkt. In abgeschlossenen Kommunikationsräumen wirkt jede Widerlegung wie ein weiterer Beleg für die eigene Weltsicht. Fakten gelten als Manipulation, Widerspruch als Angriff. Aus Zweifel wird Gewissheit, aus Skepsis Abwehr.

Deshalb finden Populismus und Verschwörungserzählungen in solchen Milieus besonders fruchtbaren Boden. Komplexe Realitäten werden vereinfacht, Eliten pauschal verdächtigt, Konflikte emotional zugespitzt. Ein prägnantes Beispiel dafür waren während der Pandemie die zahlreichen Telegram-Gruppen. Dort entstand eine Art Gegenöffentlichkeit für all jene, die an offiziellen Informationen zweifelten und glaubten, anderswo keine Antworten zu finden. Unsicherheit, Angst und viele ungeklärte Fragen rund um das Virus trieben damals zahlreiche Menschen in diese parallelen Kommunikationsräume. Dort stießen sie auf scheinbar einfache Erklärungen, vermeintliche Gewissheiten und gegenseitige Bestätigung.

Parallel dazu verlieren staatliche Institutionen an Legitimität. El-Mafaalani betont, dass Demokratien nur funktionieren, wenn Bürgerinnen und Bürger ihnen grundsätzlich Anerkennung entgegenbringen, selbst bei berechtigter Kritik. In Misstrauensgemeinschaften hingegen gelten Institutionen als von Eliten gesteuert, korrupt oder gegen die eigenen Interessen gerichtet. Wo diese Anerkennung fehlt, wird politische Auseinandersetzung zunehmend unmöglich. Es geht dann nicht mehr um den Wahrheitsgehalt von Aussagen oder den Nutzen von Entscheidungen, sondern ausschließlich um vermutete Motive. „Cui bono?“ wird zur Leitfrage, die Antwort steht meist schon fest. Wer widerspricht, gilt als Teil des Systems oder als ahnungsloser Mitläufer.

Viele halten die Regierung für zugleich übergriffig und ohnmächtig.

Polarisierung ist damit nicht nur eine Folge, sondern wird zum Strukturprinzip. Argumente werden nicht mehr geprüft, sondern reflexhaft abgewertet. Das ist hochgradig demokratieschädlich. Besonders deutlich zeigt sich dies in der Migrationsdebatte. Zwar ist Kritik an einzelnen Aspekten der Migrationspolitik legitim, doch in Teilen der Bevölkerung haben sich Erzählungen von einem angeblichen „Bevölkerungsaustausch“ verfestigt. Institutionen und politische Akteure gelten dann nicht mehr als fehlbar oder umstritten, sondern werden grundsätzlich als gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet interpretiert. Fakten und differenzierte Argumente verlieren so ihre Wirkung, Widerspruch wird pauschal zurückgewiesen, und politische Auseinandersetzung reduziert sich auf die Unterstellung böswilliger Motive.

Vor diesem Hintergrund sind die aktuellen Umfragewerte wenig überraschend. Sie spiegeln eine wachsende Entfremdung zwischen Staat und Bevölkerung wider. Viele halten die Regierung für zugleich übergriffig und ohnmächtig: detailverliebt im Alltag mit Vorschriften und Berichtspflichten, schwach bei den großen Fragen von Sicherheit, maroder Infrastruktur oder stockender Transformation. Kurz gesagt: Die Erwartungen sind hoch, die erlebten Ergebnisse oft enttäuschend. Diese Lücke ist ein idealer Nährboden für weitere Skepsis. Dennoch bleibt die Frage: Wie lässt sich gegensteuern?

Konkrete Rezepte liefert El-Mafaalani nicht, er skizziert aber mehrere Ansatzpunkte. Erstens müsse politische Kommunikation wieder glaubwürdig werden. Gerade fest verankerte Versprechen kippen besonders schnell in Enttäuschung, wenn sie unerfüllt bleiben. Wer jahrelang ein flächendeckendes Glasfasernetz, Bürokratieabbau oder Klimaneutralität ankündigt, ohne liefern zu können, beschädigt aktiv Vertrauen. El-Mafaalani plädiert daher für eine nüchternere Sprache: realistische Zeitpläne, transparente Prioritäten, ehrliche Kosten-Nutzen-Abwägungen. Weniger Pathos, mehr Klarheit.

Zweitens brauche es mehr echte Beteiligung, allerdings mit klaren Zuständigkeiten. Bürgerräte, Volksentscheide oder strukturierte Beteiligungsformate, bei denen Bürgerinnen und Bürger gemeinsam politische Fragen beraten, können Akzeptanz und Transparenz erhöhen. Gerade Menschen, die sich übergangen fühlen, erhalten so eine Stimme. Gleichzeitig warnt El-Mafaalani vor einem naiven Verständnis von Demokratie, bei dem jede Meinung unabhängig von Sachkenntnis gleich gewichtet wird. Bei hochkomplexen wissenschaftlichen oder technischen Fragen müssen fachliche Standards maßgeblich bleiben. Entscheidend ist eine klare Kommunikation darüber, wo Alltagserfahrungen einfließen können und wo Expertise den Ausschlag geben muss. Beteiligung wirkt nur dann stabilisierend, wenn sie ehrlich gemeint ist.

Drittens müsse der Staat wieder handlungsfähiger werden. Das Bild eines schwerfälligen, überregulierten Apparats ist weit verbreitet. Die fortschreitende Verrechtlichung vieler Lebensbereiche verstärkt dieses Gefühl, weil immer neue Regeln persönliches Ermessen ersetzen. Umso größer ist die Frustration, wenn der Staat seine eigenen Vorgaben nicht durchsetzen kann. El-Mafaalani fordert daher eine Konzentration auf Kernaufgaben und ein bewusstes Vorleben von Verlässlichkeit. Weniger Kontrolle, mehr Vorschuss an Vertrauen, kombiniert mit klaren Sanktionen bei Missbrauch.

In Zeiten verbreiteter

In diese Richtung zielt auch die kürzlich beschlossene „Föderale

Skepsis zählen weniger formale Erfolge als die wahrgenommene Haltung.

Modernisierungsagenda“ von Bund und Ländern. Geplant sind 338 Maßnahmen, darunter der Abbau von Berichtspflichten und schnellere Genehmigungsverfahren. Das Papier liest sich wie eine Antwort auf El-Mafaalanis Analyse. Doch der bekannte Föderalismusstreit droht bereits, die Reformen zu verwässern. Sollte auch dieses Vorhaben im Kompetenzgerangel versanden, wäre das ein weiterer schwerer Rückschlag. Zwar heißt es im Koalitionsvertrag, man wolle das Vertrauen in den Staat stärken, doch bislang bleibt dies oft rhetorisch. El-Mafaalani macht deutlich: In Zeiten verbreiteter Skepsis zählen weniger formale Erfolge als die wahrgenommene Haltung. Der Staat muss zeigen, dass er Sorgen ernst nimmt und Verantwortung übernimmt. Symbolik allein reicht dafür nicht mehr aus.

Klar ist: Vertrauen kehrt nicht über Nacht zurück. Wirtschaftliche Schwäche, geopolitische Verschiebungen, der anhaltende Krieg in der Ukraine und weitere globale Krisen prägen weiterhin den Alltag vieler Menschen. Sie erhöhen den Druck auf Politik und Gesellschaft und verstärken Unsicherheitsgefühle. In diesem Umfeld ist es schwer, den Kreislauf der Skepsis zu durchbrechen. Gerade deshalb, so El-Mafaalani, ist ein Mindestmaß an institutioneller Verlässlichkeit unverzichtbar. Und da Krisen eher zu- als abnehmen dürften, wächst die Bedeutung dieses Fundaments.

Versetzt man sich in die Lage einer Regierung und fragt, was dem massiven Vertrauensverlust konkret entgegengesetzt werden könnte, lassen sich einige Schlussfolgerungen ziehen. An erster Stelle stünde die öffentliche Anerkennung, dass Skepsis oft berechtigt ist, statt Kritik mit dem Hinweis abzutun, die Bevölkerung verstehe politische Entscheidungen nur nicht. Darauf aufbauend braucht es deutlich mehr Transparenz: Entscheidungen müssen nachvollziehbar gemacht, Einflussnahmen offengelegt, Fehler benannt und verworfene Alternativen erklärt werden, nicht nur über Medien, sondern in verständlichen Berichten und Protokollen. Reformen sollten konsequent daran gemessen werden, ob sie die Lebensrealität von unteren und mittleren Einkommen tatsächlich verbessern; moralische Belehrungen wirken dabei eher kontraproduktiv.

Vertrauen setzt zudem klare Konsequenzen voraus. Schweres politisches Versagen, Interessenkonflikte oder problematische Wechsel in

Lobbytätigkeiten dürfen nicht folgenlos bleiben. Macht darf kein Schutzraum sein. Wenn etwa ein Politiker wie Jens Spahn trotz zahlreicher dokumentierter Fehlentscheidungen und erkennbarer Eigeninteressen weiterhin zentrale politische Funktionen ausübt, untergräbt das den Anspruch, dass Verantwortlichkeit tatsächlich ernst genommen wird. Wer in solchen Fällen noch an spürbare Konsequenzen glaubt, verlangt der Öffentlichkeit ein beträchtliches Maß an Gutgläubigkeit ab. Vertrauen ist daher kein Kommunikationsproblem, sondern ein Beziehungsproblem. Es entsteht durch Würde, Nachvollziehbarkeit und echte Teilhabe. Bleibt all das aus, droht diese Beziehung zu zerbrechen.

Letztlich hinterlässt das Buch stellenweise ein düsteres Gefühl. Positive Beispiele aus anderen Ländern oder belastbare Erkenntnisse über die Wirkung gelungener Beteiligung bleiben eher angedeutet als ausgearbeitet. Trotzdem gelingt El-Mafaalani ein eindringlicher Befund. Er zeigt, wie fragil das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft geworden ist. Vertrauen ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis kontinuierlicher Arbeit. Und es steht viel auf dem Spiel. Denn ohne diese Grundlage verliert eine Demokratie mehr als Stabilität. Sie verliert das Fundament unseres Zusammenlebens.



David Müller
Berlin

David Müller ist im Referat Globale und Europäische Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. Er hat Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Kassel studiert.